



## Antrag

der Fraktion der SPD

### **Aufrechterhaltung des öffentlichen Lebens! Perspektiven für den Pandemiewinter entwickeln.**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag stellt fest, dass die Inzidenzwerte in Schleswig-Holstein wieder stärker ansteigen und das Niveau des letzten Winters und Frühjahrs übersteigen könnten. Gerade bei Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen steigt die Zahl der Neuinfektionen in einem deutlichen höheren Maß als in der Gesamtbevölkerung. Um die vierte Welle abzumildern und insbesondere die zu schützen, die sich noch nicht impfen lassen können, muss eine Perspektive geschaffen werden, das öffentliche Leben aufrechtzuerhalten. Präsenzunterricht und Kinderbetreuung, Besuche in stationären Einrichtungen und Krankenhäusern sowie die medizinische Versorgung von erkrankten Personen müssen gewährleistet bleiben. Die steigenden Inzidenzen bei noch zu niedriger Impfquote dürfen nicht dazu führen, dass geimpfte Personen, von denen ein geringes Risiko ausgeht, in ihrem Alltag übermäßig eingeschränkt werden.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung daher auf,

1. eine strengere 3G-Regelung in geschlossenen Räumen mit Abstandsregeln, Maskenpflicht, Quadratmeter- oder Personenzahlbeschränkungen und der konsequenten Kontaktnachverfolgung wieder einzuführen.
2. ein 2G-Optionsmodell für Restaurants, Theater, Museen usw. zusätzlich einzuführen. Das bedeutet: Veranstalter\*innen, kulturelle Einrichtungen, Gastronom\*innen usw. können für ihre Veranstaltungen, Lokale und Einrichtungen ein 2G-Modell wählen. In diesem Fall haben nur geimpfte oder von Corona genesene Bürgerinnen und Bürger Zutritt. Abstandsregeln und Maskenpflicht können dann wegfallen. Die Kontaktnachverfolgung soll auch

im 2G-Modell bestehen bleiben. Ausgenommen von der Regelung sind jedoch Kinder bis 6 Jahre; Kinder bis 12 Jahre mit einer Schulbescheinigung für die regelmäßige Testung sowie Personen, die sich aus medizinischen Gründen nicht gegen Corona impfen lassen können und einen tagesaktuellen Test vorlegen.

3. bei größeren Veranstaltungen in geschlossenen Räumen eine 2Gplus-Regel (geimpft/genesen und getestet) einzuführen.
4. die Bereitstellung von kostenlosen Tests und die Aufrechterhaltung der Test-Infrastruktur zu gewährleisten.
5. gemeinsam mit den Kommunen die Einhaltung der Corona-Regelungen stärker zu kontrollieren.
6. zusammen mit der KVSH und den Kommunen die mobilen Impfteams und weitere Impfmöglichkeiten aufzustocken, um mehr flächendeckende und öffentliche Impfangebote auch für die Auffrischungsimpfung anzubieten, um damit die niedergelassenen Ärzt\*innen zu unterstützen und niedrigschwellig die Bevölkerung schnell zu erreichen.
7. sich dafür einzusetzen, dass die niedergelassenen Ärzt\*innen für die Covid-Impfung und Auffrischungsimpfung von Bürokratie und Dokumentation entlastet werden, damit die Durchführung einer Impfung keine Mehrkosten verursacht.
8. eine Informationskampagne zur Impfung und Auffrischungsimpfung auch mehrsprachig, digital und in einfacher Sprache zu starten und dabei eine gezielte und direkte Ansprache der verschiedenen Altersgruppen und Kulturen über die jeweiligen Peergroups zu organisieren.
9. die Krankenhäuser sowie Alten- und Pflegeheime besonders zu schützen und unabhängig vom Impfstatus eine tägliche Testpflicht für alle, die die Einrichtungen betreten, einzuführen. Dabei muss ein kostenloses Testangebot sichergestellt werden. Des Weiteren sollen alle in der Versorgung von kranken und pflegebedürftigen Menschen gezielt zur Impfung aufgefordert werden.
10. Kitas, Schulen und Hochschulen verlässlich zu unterstützen und weiterhin regelmäßige Testungen zu ermöglichen, den Einbau von Raumlufffilteranlagen und die digitale Ausstattung von Schulen, Lehrkräften und Schüler\*innen zu forcieren sowie die Möglichkeiten des digitalen Lernens zu nutzen. Alle in Kitas und Schulen Tätigen sollen gezielt zur Impfung aufgefordert und die Auffrischungsimpfungen für die Beschäftigten angeboten werden. Eine Maskenpflicht in der Schule am Platz soll bei weiter steigenden Inzidenzen wieder eingeführt werden.